

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der 17. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Hauptausschusses am 17.02.2016**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:03 Uhr bis 16:56 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### Mitglieder

Dr. Bernd Wiegand	Vorsitzender Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Teilnahme ab 16:07 Uhr
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) Teilnahme ab 16:07 Uhr Vertretung für Herrn Krause
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Tom Wolter	Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM

### Verwaltung

Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Oliver Paulsen	Grundsatzreferent
Marco Schreyer	Leiter Fachbereich Recht
Egbert Geier	Bürgermeister
Uwe Stäglin	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Maik Stehle	Protokollführer

### Gast

Olaf Ebert	Geschäftsführer Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e. V.
------------	--

## **Entschuldigt fehlte:**

Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
-----------------	----------------------------------

**zu Einwohnerfragestunde**

---

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die 17. öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über die Vereinbarung mit den Fraktionsvorsitzenden, die aktuelle Stunde entfallen zu lassen.

Darüber hinaus sind nachfolgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung zu nehmen:

- 6.1 Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale),  
Vorlagen-Nummer: V/2013/11461  
Vorlage: VI/2015/01435
- 6.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2016/01646  
*Die Anträge wurden in den Ausschüssen vertagt.*
- 6.3 Umwandlung der Sekundarschule „August Hermann Francke“ in eine Gemeinschaftsschule  
Vorlage: VI/2015/01231  
*Gleiche Voten in den Ausschüssen.*
- 6.4 Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2016 bis 31.12.2016  
Vorlage: VI/2015/01381  
*Gleiche Voten in den Ausschüssen.*
- 7.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863  
*Wurde in den Ausschüssen vertagt.*

- 7.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit  
Vorlage: VI/2015/01189  
*Gleiche Voten in den Ausschüssen.*

Auf Nachfrage von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** einigten sich die Hauptausschussmitglieder darauf, die Vorlage

Erstattung von Kostenbeiträgen im Wirtschaftsjahr 2016 wegen Streikmaßnahmen in den städtischen Kindertageseinrichtungen im Jahr 2015  
Vorlage: VI/2016/01611

nicht als Dringlichkeitsvorlage zu behandeln, sondern diese in den normalen Gremien-durchlauf zu geben.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte über Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung:

- 6.2 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21  
Vorlage: VI/2015/01129  
*Hierzu wurde der Beschlussvorschlag geändert.*

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

**Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung:                    einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

- . Einwohnerfragestunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“
- 4. Genehmigung der Niederschrift vom 20.01.2016
- 5. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 6. Beschlussvorlagen

- 6.1 *Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale), Vorlagen-Nummer: V/2013/11461  
Vorlage: VI/2015/01435* vertagt
- 6.1.1 *Änderungsantrag der Stadträtin Yvonne Winkler (MitBÜRGER für Halle) zur Beschlussvorlage Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt und Aufnahme weiterer innerstädtischer Gebietsnamen in den Amtlichen Stadtplan der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2016/01646* vertagt
- 6.2 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21  
Vorlage: VI/2015/01129
- 6.3 *Umwandlung der Sekundarschule „August Hermann Francke“ in eine Gemeinschaftsschule  
Vorlage: VI/2015/01231* abgesetzt
- 6.4 *Jugendhilfeplanung gemäß § 80 SGB VIII - Teilplanung Bedarfs- und Entwicklungsplanung Kindertagesbetreuung in der Stadt Halle (Saale) vom 01.01.2016 bis 31.12.2016  
Vorlage: VI/2015/01381* abgesetzt
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichtsgremien städtischer Unternehmen  
Vorlage: VI/2015/00863* vertagt
- 7.2 *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit  
Vorlage: VI/2015/01189* abgesetzt
- 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften  
Vorlage: VI/2015/01515
8. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Mitteilungen
- . Mitteilung zur Veranstaltung "So bunt ist Halle"
- 9.1 Verständigung über die Rahmenbedingungen für auswärtige Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates
- 9.2 Mitteilung zum Live-Stream der Stadtratssitzungen
- 9.3 Mitteilung zur Änderung der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements
10. Beantwortung von mündlichen Anfragen
11. Anregungen

**zu 3 Aktuelle Stunde „Diskussion zum aktuellen Zuzug von Geflüchteten nach Halle (Saale)“**

---

Es fand keine „Aktuelle Stunde“ statt.

**zu 4 Genehmigung der Niederschrift vom 20.01.2016**

---

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 16. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 20.01.2016.

**Abstimmungsergebnis:                    mehrheitlich zugestimmt**

**zu 5 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Es lagen keine nicht öffentlich gefassten Beschlüsse vor.

**zu 6 Beschlussvorlagen**

---

**zu 6.2 Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21  
Vorlage: VI/2015/01129**

---

**Frau Brederlow** informierte darüber, dass der Beschlussvorschlag zu Punkt 2.1 geändert und ein neuer Beschlusspunkt 3. aufgenommen wurde.

Auf Anfrage von **Frau Dr. Bergner** teilte **Frau Brederlow** mit, dass die Verwaltung in Abstimmung mit Stadträten unmittelbar nach der Sitzung des Bildungsausschusses ihren Beschlussvorschlag geändert habe.

**Herr Lange** erläuterte kurz die Gründe für die Änderung des Beschlussvorschlages und machte deutlich, dass es keine mittelfristige Schulentwicklungsplanung gibt, wenn kein Stadtratsbeschluss gefasst werden sollte. Aus diesem Grund habe man sich dazu entschlossen, den im Bildungsausschuss strittigen Punkt 2.1 zu ändern.

Die Nachfrage von **Herrn Bönisch** wie es zum Verzicht auf eine Sondersitzung des Bildungsausschusses zu diesem Thema kam, wurde von **Herrn Lange** dahingehend beantwortet, dass man sich darauf verständigt habe, Arbeitsgruppen zu bilden, die sich insgesamt noch einmal die Schulentwicklungsplanung, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Finanzierbarkeit, ansehen und weiter entwickeln.

Bei der aktuellen Vorlage geht es darum, die mittelfristige Schulentwicklungsplanung formal zu beschließen, um weiterarbeiten zu können.

Da der Stadtrat jederzeit Herr des Verfahrens ist, könne dieser einen solchen Beschluss herbeiführen.

Wenn durch eine Fraktion die Durchführung einer Sondersitzung gewünscht wird, könne dies jederzeit angezeigt und durchgeführt werden.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:                  einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Stadtrat stellt den Schulentwicklungsplan der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Anlage 2) fest.
2. Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage des festgestellten Schulentwicklungsplanes für die Schulform Berufsbildende Schulen für den Planungszeitraum folgende Maßnahmen:
  - 2.1 Die Berufsbildende Schule III Johann Christoph von Dreyhaupt (BbS III) wird, **wie mit Stadtratsbeschluss zur Feststellung der Ersten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 (Vorlage Nr. V/2014/12788) im Beschlusspunkt 1.6 festgelegt, bis zum Beginn des Schuljahres 2017/18 an den Standort Carl-Schorlemmer-Ring 62/64 umgesetzt.** ~~an den Standort zum 31.07.2017 aufgelöst. Die an der BbS III genehmigten und vorgehaltenen Ausbildungsberufe und Bildungsgänge sowie der Schülerbestand werden ab dem Schuljahr 2017/18 entsprechend der im Schulentwicklungsplan ausgewiesenen Verteilung den anderen Berufsbildenden Schulen der Stadt Halle (Saale) zugeordnet. Der 3. Satz des Beschlusspunktes 1.5 (1.6) der Ersten Fortschreibung vom 17.12.2014 (Vorlage Nr.: V/2014/12788) ist somit hinfällig.~~
  - 2.2 Der Standort Rainstraße 19 der BbS V Halle (Saale) wird mit Beginn des Schuljahres 2018/19 aufgelöst. Die Auflösung erfolgt nach Fertigstellung der Teilsanierung (Brandschutz und Keller) des Standortes Universitätsring 21. Die am Standort Rainstraße 19 der BbS V vorgehaltenen Ausbildungsberufe und Bildungsgänge sowie der Schülerbestand werden an die Standorte Klosterstraße 9 und Universitätsring 21 der BbS V übernommen und fortgeführt.
3. **Die Verwaltung wird die im Schulentwicklungsplan für die Schulform Berufsbildende Schulen erstellten Prognosen unter Berücksichtigung der aktuellen Schülerzahlentwicklung und der weiteren Aufnahme von berufsschulpflichtigen Asylbewerbern bis Ende 2016 aktualisieren und dem Stadtrat zur Kenntnis geben.**

**zu 7          Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 7.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften  
Vorlage: VI/2015/01515**

---

**Herr Paulsen** informierte über die Erarbeitung der Richtlinie zur Förderung von Städtepartnerschaften. Im vorliegenden Entwurf der Richtlinie wurde auf einen expliziten Antragsschluss verzichtet, um jederzeit die Möglichkeit einzuräumen, für Projekte des laufenden Jahres Mittel beantragen und auszureichen zu können, solange Geld im Haushalt zur Verfügung steht.

**Frau Hintz** fragte an, wer eine Prüfung dahingehend vornimmt, ob das beantragte Projekt im Sinne der städtepartnerschaftlichen Pflege liegt.

Dazu teilte **Herr Paulsen** mit, dass das vom Stadtrat beschlossene Konzept zur Pflege von Städtepartnerschaften und –freundschaften die Grundlage bildet. Die Übereinstimmung mit den städtischen Zielen der Zusammenarbeit bei Städtepartnerschaften wird durch die Verwaltung geprüft.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** bat um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

**Beschlussempfehlung:**

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine Richtlinie für städtische Zuschüsse für Projekte zur Pflege und Intensivierung der städtepartnerschaftlichen Beziehungen der Stadt Halle zu erarbeiten und dem Stadtrat im 1. Quartal 2016 zur Beschlussfassung vorzulegen.

**zu 8 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 9 Mitteilungen**

---

**zu Mitteilung zur Veranstaltung "So bunt ist Halle"**

---

**Herr Paulsen**, informierte darüber, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand am Samstag, dem 20. Februar, von 10 bis 14 Uhr, zu einer Aktion unter dem Motto „So bunt ist Halle“ auf den Marktplatz einlädt.

Mit der Aktion soll Halle als kreative Stadt mit toleranten Einwohnerinnen und Einwohnern gezeigt werden. Gleichzeitig könne durch die städtische Veranstaltung eine rechtsextreme Veranstaltungen auf dem Marktplatz nicht stattfinden.

Auf dem Marktplatz soll durch Künstlerinnen und Künstler der Freiraum-Galerie der Umriss der Stadt mit den einzelnen Quartieren aufgezeichnet werden. Alle Menschen der Stadt sind eingeladen, ihre Wünsche, Vorstellungen und Ideen für die Entwicklung ihrer Stadtteile aufzuzeigen.

Anwesend werden unter anderem der Oberbürgermeister, die Beigeordneten sowie die Quartiermanager der Stadt sein. Auch Stadträte hätten schon ihre Teilnahme angekündigt.

## **zu 9.1      Verständigung über die Rahmenbedingungen für auswärtige Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates**

---

**Herr Paulsen** teilte mit, dass die bisher auswärtig durchgeführten Sitzungen für die Verwaltung mit einem großen Aufwand verbunden waren. Auf Grund der Diskussionen in der Vergangenheit bezüglich der Sitzungsorte wurde nun von der Verwaltung zusammengestellt, was im zeitlichen und organisatorischen Rahmen für die Verwaltung bei auswärtigen Sitzungen machbar ist.

In diesem Zusammenhang führte er aus, dass durch das Team Ratsangelegenheiten die Arbeiten der Vor- und Nachbereitung des Sitzungsraumes, Versorgung mit Getränken, kopieren und ausdrucken von Unterlagen auswärts nicht möglich sind. Dies könne dann nur durch den Ausschussvorsitzenden sichergestellt bzw. ggf. darauf verzichtet werden.

In Bezug auf die papierlose Ratsarbeit, an der auch sachkundige Einwohner teilnahmen, machte **Herr Paulsen** darauf aufmerksam, dass ein Internetzugang auswärtig nicht immer gegeben ist. Der Ausschuss muss sich darüber verständigen, ob und wie für die sachkundigen Einwohner, die papierlos arbeiten, die Arbeit möglich ist.

Des Weiteren informierte er über die Anregung von Herrn Dr. Meerheim in der Fraktionsvorsitzendenrunde zur Erstellung einer Checkliste durch die Verwaltung für die Ausschussvorsitzenden, welche Punkte bei auswärtigen Sitzungen zu beachten und vorzubereiten sind.

Bezüglich der Versorgung der Ausschüsse machte **Frau Dr. Brock** deutlich, dass diese durch den jeweiligen Gastgeber vor Ort organisiert werden müsste und nicht vom Ausschussvorsitzenden.

**Herr Paulsen** wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die Aufwandsentschädigung der Ausschussmitglieder auch für die Verpflegung vorgesehen ist. Insofern sei die Versorgung in den Sitzungen immer eine Zusatzleistung, die auswärts nicht durch die Stadtverwaltung übernommen werden könne.

Durch **Herrn Wolter** wurde darüber informiert, dass von Seiten seiner Fraktion ein grundsätzliches Interesse dahingehend vorliegt, die Ausschusssitzungen im Stadthaus durchzuführen. Es könne jedoch im Einzelfall erforderlich sein, auf Grund einer bestimmten Thematik die Sitzungen auswärts durchzuführen.

Bezugnehmend auf Nachfrage von **Herrn Wolter** nach der Anzahl auswärtigen Sitzungen 2015 teilte **Herr Paulsen** mit, dass sich die Verwaltung mit einigen Ausschussvorsitzenden

sehr intensiv auseinandergesetzt hat, um die Frage der auswärtigen Sitzungen zu begrenzen. Die Zahl wäre sonst deutlich höher gewesen.

Allein für den Bildungsausschuss sind in diesem Halbjahr schon drei Auswärtstermine geplant.

**Herr Scholtyssek** machte deutlich, dass es auch in auswärtigen Ausschusssitzungen möglich sein muss, Präsentation durchzuführen und er von der Verwaltung erwartet, dass die dafür erforderlichen Beamer und Leinwände durch die Verwaltung bereitgestellt werden.

In diesem Zusammenhang machte **Herr Paulsen** darauf aufmerksam, dass die für eine Präsentation erforderlichen technischen Geräte im Stadthaus bereitgestellt werden. Sollte auswärts getagt werden, müsse sich der Ausschussvorsitzende um die Bereitstellung der Mittel vor Ort kümmern.

**Herr Lange** konnte die Aussagen von Herrn Paulsen nicht nachvollziehen. Seiner Ansicht nach sollte es nicht Aufgabe des Ausschussvorsitzenden sein, für die technische Ausstattung zu sorgen.

Abschließend wurde durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** der Hinweis gegeben, dass die Einladung im Einvernehmen mit der Verwaltung und dem Oberbürgermeister erfolgt und eine gemeinsame Entscheidung zu den Sitzungsorten getroffen werden sollte.

## zu 9.2 Mitteilung zum Live-Stream der Stadtratssitzungen

---

**Herr Paulsen** stellte zwei Modelle zum Live-Stream der Stadtratssitzungen vor, welche durch die Verwaltung als umsetzungsfähig gesehen werden.

Dabei handelt es sich zum einen um ein Modell mit eigener Technik der Verwaltung, welche im Stadthaus angebracht werden kann. Die Aufnahmen können die Totale des Raumes wiedergeben und unter Nutzung eines Videostream-Dienstleisters ins Internet gestellt werden.

Bei dem einfachen Modell würden einmalig ungefähr 3.000 bis 4.000 Euro Investitionskosten anfallen. Der Streaming-Dienst läge bei 100 bis 150 Euro im Monat und hängt von den Zuschauerzahlen ab.

Vorteil des Modells sind die geringen Kosten und dass die angeschaffte Technik auch für andere Veranstaltungen genutzt werden kann.

Als Nachteil führte **Herr Paulsen** die ungeschnittenen Sitzungen in Totalaufnahme an. Es gebe keine Regie und auch keine unterschiedlichen Kameraperspektiven.

Beim zweiten Modell liegt das Angebot von TV-Halle dahingehend vor, das TV-Signal zu übernehmen mit Kameraschnitt und Einblendungen. Dies würde von TV-Halle ins Internet eingespeist und verfügbar gemacht.

Das Angebot dafür kostet 1.000 Euro pro Sitzung.

Als Vorteil führte **Herr Paulsen** das aufbereitete Signal mit mehreren Kameraperspektiven und Einblendungen an. Auch würde es für die Stadt einen geringeren Aufwand geben.

Nachteil bei diesem Modell sind die deutlich höheren Kosten und die Abhängigkeit von einem Unternehmen sowie die fehlende Parallele der Technik für andere Veranstaltungen.

**Herr Bönisch** bat um Prüfung der Möglichkeit von ein oder zwei Wiederholungen der Fernsehaufzeichnungen von TV Halle an den Wochenenden. Seiner Ansicht nach seien die Wiederholungen produktiver als der Live-Stream.

**Herr Paulsen** sagte eine Rücksprache mit TV-Halle diesbezüglich zu.

### **zu 9.3 Mitteilung zur Änderung der Richtlinie der Stadt Halle (Saale) zur Förderung und Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements**

---

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** informierte darüber, dass die Unterlagen zur Engagement-Richtlinie bereits im Intranet eingestellt sind.

Er beantragte das Rederecht für Herrn Ebert, Geschäftsführer Freiwilligen Agentur Halle-Saalkreis e. V.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Damit wurde das Rederecht für Herrn Ebert erteilt.

**Herr Ebert** stellte sich in seiner Funktion als Ehrenamtsbeiratsvorsitzender vor und informierte kurz über den aktuellen Stand und die Diskussion im Beirat. Dieser habe inzwischen siebenmal getagt und Empfehlungen an den Stadtrat bzw. die Stadt gerichtet, die sich vor allem auf den Punkt „Anerkennungskultur“ konzentrieren.

Der Beirat habe sich viele Modelle auch in anderen Städten angeschaut und darüber diskutiert, wie eine Ehrenamtskarte in Halle aussehen und umgesetzt werden kann.

Des Weiteren wurden Empfehlungen zum Punkt „Tätigkeitsnachweis für Ehrenamtliche“ abgegeben. Hier könnten vor allem junge Menschen und arbeitslose Menschen eine Möglichkeit erhalten, ihr Engagement zu dokumentieren.

Abschließend machte **Herr Ebert** deutlich, dass man sich auch auf den Punkt konzentriert habe, einmal im Jahr kontinuierlich eine Anerkennungsveranstaltung der Stadt durchführen zu lassen, um bei dieser Gelegenheit die Ehrenamtskarte an Ehrenamtliche zu übergeben.

Die Empfehlungen wurden dem Oberbürgermeister und den einzelnen Fraktionen im Sommer 2015 vorgestellt und die Anregungen der Verwaltung und der Stadträte sind im Beirat in die Diskussion eingeflossen.

Man hoffe jetzt auf ein positives Votum des Stadtrates.

### **zu 10 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

#### **zu 10.1 Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Zustellung des Amtsblattes in der Schimmelstraße**

---

**Herr Lange** informierte über die Mitteilung eines Bürgers bezüglich Problemen bei der Zustellung des Amtsblattes in der Schimmelstraße. Er bat um Überprüfung der Angelegenheit durch die Verwaltung.

**zu 10.2 Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum barrierefreien Zugang zum Hallmarkt**

---

**Herr Lange** berichtete von der Bitte eines Bürgers zur Prüfung des barrierefreien Zugangs vom Marktplatz zum Hallmarkt. Der Bürger habe auch darauf aufmerksam gemacht, dass der Weg rechts von der Marktkirche relativ schmal ist.

**Herr Lange** bat um Prüfung der Wegebeziehungen unter dem Blick der Barrierefreiheit und darum, ob ein Schild mit einem Piktogramm mit der Aufzeichnung des barrierefreien Zugangs am Beginn der Straße angebracht werden kann.

Durch **Herrn Stäglin** wurde eine Prüfung und schriftliche Beantwortung zugesagt.

**zu 10.3 Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Straße Am Bruchsee**

---

**Herr Lange** verwies auf einen vermüllten Grünstreifen an der Straße Am Bruchsee und bat um Behebung des Zustandes.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte dies zu.

**zu 10.4 Herr Scholtyssek, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Stiftung Moritzburg**

---

**Herr Scholtyssek** fragte nach den Antworten der Verwaltung auf die im Finanzausschuss gestellte Frage zur Stiftung Moritzburg; wann die Mittel für die Moritzburg ausgezahlt werden.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde darauf hingewiesen, dass die Auflage der Kommunalaufsicht zur Einsparung von 1,1 Mio. Euro noch nicht erfüllt ist; zudem befindet sich die Stadt derzeit in einem laufenden Klageverfahren mit dem Land.

**zu 10.5 Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Stiftung Moritzburg**

---

**Frau Dr. Brock** fragte nach den Konsequenzen durch die vorliegende Klage des Landes gegen die Kommune und wann die Verwaltung davon ausgeht, dass die Haushaltssperre aufgelöst wird.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** machte deutlich, dass er nicht spekulieren wolle.

Er verwies zudem auf Herrn Minister Dorgerloh, dem es oblige, die Klage zurückzunehmen. Danach könnten, wenn die haushaltrechtlichen Voraussetzungen gegeben sind, die Auszahlungen erfolgen.

#### **zu 10.6 Herr Bönisch, CDU/FDP-Stadtratsfraktion, zur Moritzburg**

---

**Herr Bönisch** fragte nach, welchen Vorteil es für die Stadt bei der Auszahlung von Naturalien bzw. Leistungen gäbe.

**Frau Ernst** erinnerte an die Stadtratssitzung im Dezember 2015, wo deutlich darauf hingewiesen wurde, dass es sich bei dem Angebot um eine finanzielle Zahlung handelt.

Durch **Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand** wurde ergänzt, dass die Verwaltung dem Land eine Zahlung von 150.000 Euro angeboten habe.

Weitere Ausführungen sagte er für den nicht öffentlichen Teil der Hauptausschusssitzung zu.

Auf Nachfrage von **Herrn Bönisch**, weshalb die Stadt jetzt mehr Geld an die Moritzburg zahlen will, als vom Stadtrat beschlossen, verwies **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** auf die Wertigkeit der Moritzburg und dass damit die Chance bestehe, der Moritzburg kooperativ entgegenzukommen.

Mit der Klage wolle Herr Dorgerloh prüfen, ob der Vertrag damals unter wirksamen Voraussetzungen abgeschlossen wurde und eine vertragliche Grundlage besteht.

#### **zu 10.7 Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Moritzburg**

---

**Herr Wolter** fragte nach dem aktuellen Vertragsstand mit der Moritzburg und ob zusätzliche Kosten erzeugt werden, wenn es auch im Jahr 2016 zu keiner Zahlung kommt.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte eine Beantwortung im nicht öffentlichen Teil zu.

#### **zu 10.8 Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zum B-Plan Halle-Neustadt**

---

Bezugnehmend auf die Diskussion im Planungsausschuss zum Antrag seiner Fraktion zur Einstellung des Verfahrens zum B-Plan im Gewerbegebiet Halle-Neustadt informierte **Herr Dr. Meerheim** darüber, dass dort mitgeteilt wurde, dass die Möbelkette Lührmann in der Passage in Halle-Neustadt schließen würde.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** verwies auf die Nichtöffentlichkeit der Angelegenheit.

**zu 11      Anregungen**

---

Es lagen keine Anregungen vor und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses.

---

Dr. Bernd Wiegand  
Oberbürgermeister

---

Maik Stehle  
Protokollführer